



# Anonymes Schreiben im Leipziger Bahnpostamt

22. Oktober 1956

Information Nr. 264/56 – Betrifft: Anonymes Schreiben – Poststempel vom 11. Oktober 1956 – 16.00 Uhr – Leipzig Bahnpostamt 32

## Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1b, Bl. 70–71 (30. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Walter, Beater, Joseph Gutsche, HA III, HA V, Abt. VII, HA XV, HA II, HA XIII, alle Bezirksverwaltungen, Verwaltung »W« (SDAG Wismut), Verwaltung Groß-Berlin, Ablage.

Empfänger: An die Volkskammer der DDR | Berlin (demokratischer Sektor) | Absender: VEB Kirow-Leipzig

*An die Volkskammer auf dem Territorium der DDR des noch geteilten Deutschland*

Die Herren Ulbricht, Grotewohl und Dieckmann<sup>1</sup> werden aufgefordert, alles zu tun, um die Einheit unseres Vaterlandes auf dem Wege freier und geheimer Wahlen herzustellen!

Wir, die Arbeiter, Bauern und Angestellten der östlichen Zone Deutschlands verlangen ab 1. Januar 1957 die Abschaffung der Lebensmittelkarten<sup>2</sup> und gleichzeitig eine Preissenkung aller HO-Lebensmittel um 60 %. Die Erhöhung der Altersrenten ist eine vordringliche Aufgabe. Dabei soll die Mindestrente nicht 90,00 DM Ost unterbieten. Die Herstellung hochwertiger und wesentlich billiger Massenbedarfsartikel muss ab 1. Januar 1957 sichergestellt sein. Die Artikel 8, 9 und 10 sind endgültig zu verwirklichen und einzuhalten.<sup>3</sup> Die unberechtigte und anmaßende Vormachtstellung der SED ist selbstkritisch zu brechen und durch demokratische Organisationen zu ersetzen. Die Nichteinhaltung der festgelegten Forderungen bedeutet weiterhin bewusste Herstellung von Ausschuss in den VEB-Betrieben und die Förderung der Abwanderung erfahrener Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Lehrer und Geistesschaffender. Junge Pioniere, FDJ und Jugendweihe sind abzuschaffen, um die Abwanderung der Jugendlichen nach der Bundesrepublik einzuschränken. Parteizeitungen sind durch wahrhaft demokratische Zeitungen zu ersetzen. Die Zeitungen der DBR sind auf dem Gebiet der DDR zuzulassen! Das Streikrecht muss auch in der DDR Grundlage der Gewerkschaften sein.

? ?<sup>4</sup> Die Arbeiter Mitteldeutschlands

1

Johannes Dieckmann, Jg. 1893, LDPD-Politiker, 1949–69 stellvertretender Vorsitzender der LDPD und Präsident der Volkskammer der DDR.

2

In der DDR wurden im Jahr 1956 für den Kauf von Fleisch, Fisch, Eiern, Milch, Fett und Zucker sowie allen daraus hergestellten Erzeugnissen noch Lebensmittelkarten benötigt. Ohne Karten konnten diese Produkte nur zu deutlich höheren Preisen in den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) erworben werden. Die Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1958. In: GBl. I 1958, S. 413–415.

3

Art. 8 der Verfassung der DDR v. 7.10.1949 lautete: »Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Postgeheimnis und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, sind gewährleistet. Die Staatsgewalt kann diese Freiheiten nur aufgrund der für alle Bürger geltenden Gesetze einschränken oder entziehen.« Art. 9 lautete: »Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt; niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht. Eine Pressezensur findet nicht statt.« Art. 10 lautete: »Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden. Fremde Staatsbürger werden weder ausgeliefert noch ausgewiesen, wenn sie wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden.«

Zwei Fragezeichen im Original.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.